

Bosnien und Herzegowina: Game of Thrones beginnt in der Republika Srpska

Global Research, 29.10.2025

<https://www.globalresearch.ca/game-thrones-begins-republic-srpska/5904184>

Von Stephen Karganovic

Die politische Krise, die die Republik Srpska, die serbische Entität in Bosnien und Herzegowina, die 1995 im Rahmen des Friedensabkommens von Dayton gegründet wurde, erschüttert hat, dauert unvermindert an. Die Richtung, die sie einschlägt, verheißt nichts Gutes für die dort lebenden Serben und stellt einen weiteren diplomatischen Rückschlag für Russland dar, das möglicherweise einen kleinen, aber treuen Verbündeten auf dem Balkan verliert.

Es scheint, dass die jüngsten politischen Ereignisse für die Republika Srpska das Ende einer Ära markieren. Das gilt sicherlich auch für **Milorad Dodik**, der in den letzten 20 Jahren als Premierminister und Präsident der Entität gedient hat. Als Ergebnis einer Reihe korrupter Manöver wurde Dodik ausgespielt und faktisch aus dem Amt gejagt. Wie in der kultigen Fernsehserie hat Game of Thrones nun begonnen, nicht nur um seinen Nachfolger zu bestimmen, sondern auch, was ebenso wichtig ist, um zu bestimmen, welche Politik und welche Bündnisse das serbische Gebilde in Zukunft verfolgen wird.

Um die gegenwärtige Situation richtig zu verstehen, sollte daran erinnert werden, dass das vor 30 Jahren unterzeichnete Abkommen von Dayton nicht nur der Eckpfeiler des Friedens war, der auf drei Jahre erbitterter innergemeinschaftlicher Kriege in Bosnien folgte, sondern auch eine verfassungsmäßige Regelung für eine friedliche Zukunft innerhalb einer losen bosnischen Konföderation. Zumindest anfangs passte das allen Beteiligten. Die Hoffnung, zumindest auf serbischer Seite, dass die Bedingungen einer solchen tolerierbaren Regelung dauerhaft eingehalten würden, zerschlug sich jedoch bald.

Im Mittelpunkt des Dayton-Abkommens stand die Verpflichtung aller nationalen und internationalen Parteien, dass Bosnien und Herzegowina, bestehend aus zwei autonomen ethnischen Entitäten, ein dezentralisierter Staat sein sollte, in dem jede der drei großen Gruppen, Serben, Kroaten und Muslime, weitgehend frei sein würde, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Ein vom UN-Sicherheitsrat bestätigter Hoher Repräsentant wurde ermächtigt, im Falle einer Blockade die Friedensabkommen auszulegen, um deren Umsetzung zu erleichtern. Der Verzicht auf einen militärischen Sieg war das Minimum, das die Serben akzeptieren konnten, und die einzige Bedingung, unter der sie sich bereit erklärten, politisch in Bosnien zu bleiben, anstatt ihren eigenen Weg zu gehen. Die an der Aushandlung des Friedensabkommens von Dayton beteiligten Westmächte, die sich wie üblich als "internationale Gemeinschaft" ausgaben, bekundeten angeblich auch ihre Zustimmung zu den Dayton-Prinzipien der Konfliktlösung.

Innerhalb kürzester Zeit nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens wurde jedoch deutlich, dass die westlichen Unterzeichner nicht die Absicht hatten, sich an die Bestimmungen zu halten. Mit hinterhältigen Methoden wurden die Befugnisse des Hohen Repräsentanten auf ein Niveau ausgeweitet, das mit dem völkerrechtli-

chen Souveränitätsstatus von Bosnien und Herzegowina unvereinbar war und im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensabkommens von Dayton stand. Eine Reihe von Hohen Repräsentanten nahm die Republik Srpska ins Visier, weil sie ihre verfassungsmäßigen Befugnisse zugunsten der bosnischen Zentralregierung drastisch beschnitten hatte, die unter der Vormundschaft der selbsternannten "internationalen Gemeinschaft" steht und als lokaler Stellvertreter für ihre Interessen fungiert.

Vor diesem Hintergrund wurde Milorad Dodik 2006 Ministerpräsident mit dem klaren Auftrag, die allmähliche Erstickung der Srpska zu verlangsamen oder besser rückgängig zu machen. Er knüpfte enge Beziehungen zu Russland, um dem Druck entgegenzuwirken, dem das serbische Gebilde ausgesetzt war, um es zu einer nachteiligen Umstrukturierung des zuvor vereinbarten politischen Systems Bosniens zu bewegen. Das geopolitische Spiel des kollektiven Westens bestand darin, ganz Bosnien und Herzegowina zu kontrollieren, das vollständig in seiner Einflusssphäre aufgehen und gegen den Willen der Mehrheit seiner Bürger in die NATO eingegliedert werden sollte.

Die Einzelheiten der Entstehung von Dodik und der Republika Srpska in diesem offensichtlich letzten Kapitel ihres Niedergangs wurden in einem früheren Artikel ausführlich dargelegt. So wie die Dinge stehen, befinden sich Dodik und seine SNSD, die Partei, über die er die Srpska seit zwei Jahrzehnten regiert, im Kapitulationsmodus. Sie haben eine Reihe von Schritten unternommen, die darauf hindeuten, dass ihre öffentlich erklärte Entschlossenheit, sich der Zerschlagung der Republika Srpska zu widersetzen, gelinde gesagt ins Wanken gerät.

Das erste Anzeichen dafür war Dodiks Entscheidung, das Gerichtsurteil, mit dem ihm sein Präsidentenmandat entzogen wurde, nicht anzufechten, was viele dazu veranlasste, seine früheren Beteuerungen des Trotzes in Frage zu stellen. Dadurch, dass er keines der ihm zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzte, um sein Versprechen einzulösen, sich energisch gegen Eingriffe in den Autonomiestatus der Republika Srpska zu wehren und die Integrität des Amtes, in das er demokratisch gewählt wurde, zu verteidigen, hat er dazu beigetragen, Präzedenzfälle zu schaffen, die die Aussichten seines Landes auf erfolgreichen Widerstand und Überleben erheblich erschweren werden.

Vor einer Woche folgte eine bizarre Abstimmung im Parlament der Republika Srpska, in der Dodiks Partei SNSD und ihre Koalitionspartner die Mehrheit haben, bei der zuvor verabschiedete Gesetze, die die Umsetzung der illegalen Dekrete des Hohen Repräsentanten auf dem Territorium der Republika Srpska verbieten, für nichtig erklärt wurden. Es war die Verabschiedung dieser Gesetze, die die gegenwärtige Krise und die anschließende Strafverfolgung und Absetzung Dodiks überhaupt erst ausgelöst hat. Die Rückkehr zum *Status quo ante* hindert die Verwirklichung eines der Hauptziele des kollektiven Westens in Bosnien nicht: die politische Vertreibung von Milorad Dodik und damit die Beseitigung eines der Haupthindernisse für die völlige Eingliederung Bosniens in den geopolitischen Rahmen des Westens. Während die Verabschiedung der umstrittenen Gesetze, die die politische Operation gegen Dodik und Srpska auslösten, durch das Parlament enorme Folgen hatte, ist die Rücknahme dieser Gesetze jetzt völlig folgenlos, weil bereits irreversibler Schaden angerichtet wurde. Wenn es sich um einen Versuch handelte, etwas rückgängig zu machen, war der Rückzug daher nutzlos. Nichtsdestotrotz war es eine vielsagende Geste der Unterwürfigkeit, die berechtigte Zweifel an der Gutgläubigkeit der Hauptakteure auf serbischer Seite aufkommen lassen muss.

Schließlich nominierte das scheidende Dodik-Lager seinen eigenen Präsidentschaftskandidaten für die von der bosnischen Wahlkommission angeordneten vorgezogenen Neuwahlen. Er ist **Siniša Karan**, ein angesehener Akademiker und anscheinend eine Person mit einer sauberen Bilanz. So weit, so gut, obwohl die Nominierung eines Kandidaten für die Wahlen, die sie bis vor kurzem als illegal anprangerten, trotz trotziger Rhetorik jeden praktischen Zweifel daran beseitigt, dass Dodik und seine Regierung das Gerichtsurteil, mit dem er seines Amtes enthoben wurde, tatsächlich akzeptieren. Die Botschaft, dass es keinen Widerstand gegen die Usurpation der verfassungsmäßigen Vorrrechte der Republik Srpska geben würde, wurde noch deutlicher, als das von seiner Partei kontrollierte Parlament, wahrscheinlich auf Dodiks Weisung, **AnaTri šić Babić**, eine altgediente politische Aktivistin mit langjährigen Verbindungen zu westlichen Interessen, zur Interimspräsidentin wählte.

Frau Trišić Babić hat, gelinde gesagt, einen sehr interessanten Hintergrund, der sehr im Widerspruch zu ihrem formalen Image als Dodik-Loyalistin steht. Von 2001 bis 2015 war sie unter anderem als stellvertretende Außenministerin in den Institutionen der bosnischen Zentralregierung tätig. Theoretisch sollte die Srpska als Kader von Dodiks SNSD-Partei repräsentiert werden, der sie formell angehört. Ihre Hauptaufgaben dort konzentrierten sich auf Fragen der "europäischen Integration und Zusammenarbeit", vermutlich ein Codewort, das für etwas steht, das erfahrene Analysten leicht entschlüsseln können. In dieser Funktion nahm sie an den Verhandlungen der bosnischen Zentralregierung über die regionalen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit dem NATO-Bündnis teil.

In den Jahren 1995 und 1996, um ein wenig zurückzugehen, arbeitete Frau Trišić Babić als Reporterin für Radio Free Europe. In der Zeit vor ihrer Tätigkeit im bosnischen Außenministerium wurde sie vom Büro des Hohen Repräsentanten in Sarajevo und USAID beauftragt, einige ihrer lokalen Projekte zu koordinieren.

Diese Leckerbissen sind informativ genug, aber sie ist auch aktenkundig, dass sie sich ausdrücklich für eine NATO-Mitgliedschaft Bosnien und Herzegowinas ausgesprochen hat ([Videoclip auf Serbisch](#)), was – wenn es dazu käme – eine erstaunliche politische Kehrtwende wäre, die notwendigerweise die Republik Srpska einschließen würde.

Dodiks vakanter Thron steht nun zur Disposition. Es ist eine sichere Wette, dass hinter den Kulissen intensiv geriert wird, um einen konformen Nachfolger zu installieren. Jemand, der vermutlich ein Profil hat, das sich nicht allzu sehr von Frau Ana Trišić Babić unterscheidet.

Aus dem Englischen mit dem Google Übersetzer